

MEERESOFFENSIVE 2020

Weichen stellen für Mensch und Meer

Im vergangenen Jahr sind weltweit Millionen Menschen auf die Straße gegangen, um für Umwelt- und Klimaschutz einzustehen. Gemeinsam mit Umwelt-, Verbraucher- und Entwicklungsverbänden fordern sie die Umsetzung von bereits auf vielen Ebenen klar formulierten Zielen für mehr globale Gerechtigkeit. Dem konsequenten Schutz mariner Ökosysteme und ihrer Funktionen kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Denn gesunde Meere sind essentielle Grundlage unserer aller Lebensqualität und untrennbar mit Klima, Biodiversität, Wirtschaft und Gesellschaft verbunden.

Unser Planet ist blau – die Meere bedecken rund 70 Prozent der Erdoberfläche und ihre Ökosysteme beherbergen eine faszinierende und vielfältige Artenvielfalt. Sie produzieren die Hälfte des Sauerstoffs, den wir atmen. Und sie haben seit 1970 bis zu 30 Prozent des vom Menschen emittierten Kohlenstoffdioxids und 90 Prozent der aus der Klimakrise resultierenden Wärme absorbiert. Für Hunderte Millionen Menschen weltweit haben die Meere eine entscheidende soziale und ökonomische Bedeutung. Insbesondere für ärmere Küstengemeinden, deren Existenz- und Ernährungssicherheit auf den natürlichen marinen Ressourcen fußt, sind intakte Meeresökosysteme lebensnotwendig. Letztlich sind alle Menschen direkt oder indirekt von der Gesundheit der Meere abhängig.

Demgegenüber führen menschliche Aktivitäten durch Ausbeutung und Verschmutzung zu Klima- und Biodiversitätskrisen mit enormen Auswirkungen auf die Meeresökosysteme. Dies wurde jüngst durch die Berichte des Weltklimarats (IPCC) und Weltbiodiversitätsrats (IPBES) in eindrücklicher Weise bescheinigt. Unsere Meere werden wärmer, saurer, sauerstoff- und artenärmer. Infolgedessen nehmen Ökosystemleistungen, Bestände und Produktivität in den Meeren fortlaufend und in dramatischer Art und Weise ab.

Obwohl zahlreiche konkrete Maßnahmenpakete auch für einen starken Meeresschutz vorliegen, findet sich deren Umsetzung und Berücksichtigung bislang kaum in politischen Realitäten wieder. Dem muss jetzt durch gezielten politischen Einsatz entgegengewirkt werden. Die deutsche Bundesregierung muss 2020 endlich die für unsere Meere wichtigen Entscheidungen treffen und beschlossene Maßnahmen umsetzen. Den Rahmen dafür geben zahlreiche nationale und internationale Prozesse.

Die unterzeichnenden Organisationen fordern gemeinsam von der Bundesregierung und den relevanten Behörden eine „Meeresoffensive 2020“, in deren Rahmen insbesondere die untenstehenden Kernforderungen noch in diesem Jahr umgesetzt werden.



Februar-März 2020
ISA-Sitzung Part I



März-April 2020
BBNJ-Verhandlungen



April 2020
Petersberger Klimadialog



Juni 2020
UN Ocean Conference

KERNFORDERUNGEN 2020

Meere schützen und nachhaltig nutzen

Für gesunde und vielfältige Meere müssen marine Arten und Lebensräume effektiv und umfassend geschützt sowie Nutzungen nachhaltig gemanagt werden. Daher fordern wir von der Bundesregierung und den zuständigen deutschen Behörden im Jahr 2020, dass

- » Managementpläne für alle Meeresschutzgebiete in den deutschen Meeren verabschiedet werden, die ein adaptives, effektives Management ermöglichen und dabei mindestens 50 % der Schutzgebietsfläche aus der wirtschaftlichen Nutzung nehmen.
- » sie sich in internationalen Verhandlungen für die Etablierung eines effektiven Schutzgebietsnetzwerkes auf 30 % der globalen Meeresfläche bis 2030 einsetzen, welches die Rechte der lokalen Bevölkerung wahrt und diese in die Festlegung gebietsspezifischer Schutzziele einbezieht.
- » ökosystembasierte Meeresraumordnungspläne für die deutsche ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) und die europäischen Meere erarbeitet werden, in denen eine Sicherung und Entwicklung der ökologischen Funktionen der Meere gewährleistet werden.
- » bereits beschlossene Maßnahmen umgesetzt sowie neue, konkrete und zeitgebundene Ziele und Maßnahmen vereinbart werden, welche die Erreichung des Guten Umweltzustandes (GES) im Rahmen der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) ermöglichen. Darunter fällt insbesondere die Beendigung der kumulativen Überlastung der Meere durch Maßnahmen zur Reduktion der Schadstoff- und Mülleinträge ins Meer, eine Reduktion der Nährstoffeinträge sowie national wie international greifende Schallschutzkonzepte zur Eindämmung und Vermeidung von Unterwasserlärm.
- » sie ihre Fischereimaßnahmen verbindlich an ökologischen Kriterien ausrichten, um Beeinträchtigungen durch grundberührende Fanggeräte, Beifänge und das fischereilich bedingte Töten von Seevögeln und Meeressäugern weitest möglich auszuschließen.
- » das wissenschafts- und ökosystembasierte Fischereimanagement wie in der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) vorgesehen, einschließlich der rechtlich verbindlichen Vorgabe nachhaltiger Fanggrenzen auf Grundlage des höchstmöglichen Dauerertrags (MSY) bis 2020, für alle von der EU (mit-) genutzten Bestände vollständig umgesetzt wird.
- » sie sich für eine grundlegende Reform der EU-Fischereikontrollverordnung einsetzen, die eine vollständig dokumentierte Fischerei und eine wirksame Fischereikontrolle auf See einschließlich Mitteln der elektronischen Fern- und Kameraüberwachung ermöglicht.

- » sie sich auf allen relevanten Ebenen, u.a. im Rahmen der Neuauflage des Europäischen Meeres- und Fischereifonds und bei der Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO), entschieden dafür einsetzen, dass jegliche schädliche Fischereisubventionen beendet werden.

Meere in der Klimakrise stärken

Intakte marine Ökosysteme sind essentiell zur Abmilderung der Klimakrise und steigern die Resilienz unseres Planeten gegenüber ihren Auswirkungen. Um den Verlust mariner Artenvielfalt aufzuhalten und zentrale Ökosystemfunktionen als Kohlenstoffspeicher und Sauerstoffproduzent langfristig zu sichern, müssen die Meere besser geschützt werden. Wir fordern von der Bundesregierung und den zuständigen deutschen Behörden im Jahr 2020, dass

- » sie die dringend notwendigen Maßnahmen ergreifen, um ihre 2015 im Rahmen des UN-Klimaabkommens von Paris selbst gesetzten verbindlichen Ziele einzuhalten. Die Meere sind dabei nicht allein Wirtschaftsraum für den Ausbau erneuerbarer Energien. Vielmehr wirken Maßnahmen des Meeresschutzes der Klimakrise effektiv entgegen. Klima- und Naturschutz müssen untrennbar miteinander verbunden werden.
- » sie den Ausbau mariner regenerativer Energien und assoziierter Infrastruktur unter anderem im Rahmen der Fortschreibung der Marinen Raumordnung und der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ausschließlich im Rahmen der ökologischen Belastungsgrenzen und außerhalb von Schutzgebieten vorantreiben.
- » sie die klimarelevanten Funktionen der natürlichen, marinen Ökosysteme (z.B. Kohlenstoffspeicher, Lebensraumbildner) in allen relevanten nationalen politischen Entscheidungen berücksichtigen und gegenüber anthropogenen Nutzungsinteressen bilanzieren.



Juni 2020
WTO-Ministerkonferenz



Juni 2020
IUCN WCC



ab Juli 2020
HELCOM-Vorsitz



ab Juli 2020
EU-Ratspräsidentschaft

- » sie eine europäische Ökosystem-Wiederherstellungs-Offensive initiieren und vorantreiben, um mindestens 15% der europäischen Meere in einen naturnahen und ungestörten Zustand zu versetzen. Die Bundesregierung muss dem Wert der ‚nature-based-solutions‘ in den anstehenden internationalen Prozessen z.B. dem Petersberger Klimadialog oder der UN-Klimakonferenz höchste Priorität einräumen.

Schutz der Hohen See und der Tiefsee muss sichergestellt werden

Um die Artenvielfalt und intakte Ökosysteme auf der Hohen See und in der Tiefsee zu erhalten, fordern wir von der Bundesregierung, dass sie sich im Jahr 2020 gezielt auf allen relevanten Ebenen einsetzt für

- » den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen über ein rechtsverbindliches UN-Abkommen zum Schutz der Biodiversität in Meeresgebieten jenseits nationaler Rechtsprechung, welches insbesondere die Einrichtung von effektiven Meeresschutzgebieten ermöglicht und die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen regelt.
- » die Ausweisung eines Meeresschutzgebietes im antarktischen Weddellmeer durch die zuständige „Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis“ (CCAMLR).
- » eine Verhinderung des Abbaus von marinen mineralischen Ressourcen durch Tiefseebergbau.

Menschen und Meere ins Zentrum globaler nachhaltiger Entwicklung

Die Existenz- und Ernährungsgrundlagen von Milliarden von Menschen im globalen Süden sind abhängig von marinen Ressourcen und gesunden Meeren. Für die Armutsbekämpfung, eine faire Rohstoff- und Handelspolitik und nicht zuletzt den planetaren Umwelt- und Klimaschutz ist eine entwicklungspolitisch fundierte Meerespolitik unabdinglich. Die Zusammenarbeit der handwerklichen, nachhaltigen Fischerei und des Meeresschutzes ist zu fördern, um einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Küstenentwicklung zu leisten. Wir fordern von der Bundesregierung im Jahr 2020, dass

- » sie sich in umwelt- und entwicklungspolitischen Konventionen (u.a. der Biodiversitätskonvention (CBD)) und Programmen für die Einführung einer partizipatorischen, transparenten Raum- und Ressourcennutzung auf See und für die Küste unter Beteiligung regionaler Gremien und der Zivilgesellschaft, insbesondere der lokalen Küstengemeinschaften, einsetzt. Der entsprechende politische Prozess muss gerecht gestaltet, dabei traditionelle Nutzungsformen bevorzugt berücksichtigt und Menschenrechte gewahrt werden.

- » der Kleinfischerei eindeutig Vorrang beim Fischfang gewährt wird im Sinne der Richtlinie der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation zum Schutz einer nachhaltigen Kleinfischerei.

Die Bundesregierung muss sich im Rahmen der Umsetzung der Richtlinie finanziell und politisch stärker als bisher engagieren und mit ihren Aktivitäten die Meeres- und Entwicklungspolitik unterstützen.

- » der Schutz traditioneller Zugangsrechte zu Fischgründen, sowie von Land- und Beteiligungsrechten und die Ernährungssicherheit vor jeglichen Vorhaben im Rahmen der „Blue Economy“ Vorrang haben. Dafür muss sich die Bundesregierung für entwicklungspolitische Maßnahmen zur Umsetzung des SDG 14 u.a. im Rahmen der UN Ocean Conference und der europäischen Meerespolitik einsetzen.

Effektive Meerespolitik erfordert starke institutionelle Strukturen

Der Meeresschutz in Deutschland ist institutionell schwach aufgestellt. Es fehlt an einer gemeinsamen politischen Verantwortung in allen Ressorts in Bund und Ländern zum Schutz und Erhalt mariner Arten und Lebensräume. Wir fordern von der Bundesregierung und den Bundesländern vor dem Hintergrund der 2020 wegweisenden Prozesse, dass

- » der Meeresumwelt- und Meeresnaturschutz zukünftig eine zentrale Rolle in den politischen und fachlichen Entscheidungen aller Ressorts spielt.
- » der Meeresumwelt- und Meeresnaturschutz institutionell und finanziell gestärkt und die zuständigen Behörden entsprechend ausgestattet werden, um z.B. den Verpflichtungen der MSRL, der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie oder der Vogelschutzrichtlinie (Natura 2000) nachzukommen.
- » sie Beschlüsse aus international verhandelten Abkommen kohärent in konkrete nationale Maßnahmen überführen und umsetzen.
- » sie im Rahmen ihres Vorsitzes bei HELCOM und der EU-Ratspräsidentschaft Themen setzen und Maßnahmen vorantreiben, die zu einem guten Zustand der Meere führen und in diesem Sinne eine progressive Verhandlungslinie einnehmen.



Juli 2020
ISA-Sitzung Part II



August 2020
Our Ocean Conference



Oktober 2020
CCAMLR-Jahrestagung



Oktober 2020
CBD COP



Brot
für die Welt



GREENPEACE



November 2020
UNFCCC COP



bis Ende 2020
Erreichung „Guter Umweltzustand“
nach MSRL



2021-2030
UN Dekade der Meeresforschung
für nachhaltige Entwicklung

Kontakte

BUND • Nadja Ziebarth • nadja.ziebarth@bund.net

DEEPWAVE • Anna Groß • anna.gross@deepwave.org

Deutsche Umwelthilfe • Dr. Katja Hockun
hockun@duh.de

fair oceans • Sitta Buhmann und Kai Kaschinski
kai.kaschinski@fair-oceans.info • sitta.buhmann@gmx.de

Forum Umwelt & Entwicklung • Marie-Luise Abshagen
abshagen@forumue.de

NABU • Dr. Kim Cornelius Detloff
kim.detloff@nabu.de

Slow Food • Dr. Nina Wolff • nina.wolff@slowfood.de

WDC • Fabian Ritter • fabian.ritter@whales.org

WWF • Carla Kuhmann und Tim Packeiser
carla.kuhmann@wwf.de • tim.packeiser@wwf.de